

LEITARTIKEL



Von Frank-Thomas Wenzel

Auf die Verbraucher kommt es an

Das wurde auch langsam Zeit: Die Bundesregierung hat ihre Konjunkturprognose für dieses Jahr nach oben korrigiert. Die Wirtschaftsleistung soll zum Ende des Jahres um 5,8 Prozent sinken, im April hatte Wirtschaftsminister Peter Altmaier noch ein Minus von 6,3 Prozent erwartet.

Was gerade passiert, bietet Stoff für Lehrbücher zur Ökonomie: Denn wir erleben die merkwürdigste Entwicklung seit Beginn der systematischen Konjunkturaufzeichnungen. Der massive Einbruch dauerte noch nicht einmal drei Monate und führt unmittelbar in eine Boomphase.

Maßgeblich war ein bislang nicht gekannter Absturz der Industrie. Das hat viel mit gerissenen Lieferketten und massiv geschrumpften Exporten von Autos, Maschinen und chemischen Produkten zu tun, was wiederum seine Ursache in Produktionsstopps in anderen EU-Ländern oder in China hatte.



Die Wirtschaft wird noch viel Unterstützung brauchen.

Ist nun alles wieder gut? Nichts ist gut. Ein Schrumpfen des Bruttoinlandsprodukts um 5,8 Prozent ist immer noch der größte Rückschlag in der Nachkriegsgeschichte. Zwar steigt die Zahl der Aufträge für die Industrie, aber die Aufträge kommen von einem extrem niedrigen Niveau.

Die Politiker müssen deshalb nun nicht nur durch eine Phase navigieren, in der es gelingen muss, immer wieder auftretende Infektionsherde möglichst lokal einzudämmen. Noch viel wichtiger wird, dass sich die ökonomische Erholung vermutlich schon zum Ende des Jahres verlangsamt.

Das bedeutet: Es wird nun ganz entscheidend auf die Verbraucher ankommen. Denn – auch das ist eine Lehre der vergangenen Monate – die Konsumenten, denen der Staat mit Kurzarbeitergeld und höheren Sozialleistungen geholfen hat, waren maßgeblich dafür verantwortlich, dass die hiesige Volkswirtschaft erheblich glimpflicher davonkam als beispielsweise Italien, Spanien oder Frankreich.

Die Bundesregierung muss den Mut aufbringen, noch einmal nachzulegen, wenn es wieder kritischer wird. Zu den Instrumenten sollte eine Aufstockung des Kurzarbeitergeldes insbesondere für Beschäftigte mit niedrigen Löhnen gehören. Auch ein zusätzlicher Kinderbonus kann helfen.

Denn beides wird sich unmittelbar in stabilisierende Nachfrage umwandeln. Solche Programme wären ohne Beispiel. Aber jetzt beginnt auch eine Phase, die noch mehr Stoff für die Lehrbücher als die zurückliegenden Monate bringen wird.

KOMMENTAR



Von Tim Szent-Ivanyi

Späte Einsicht der Grünen

Nun haben sich die Grünen also einen Ruck gegeben: Zusammen mit den Linken und der FDP werden sie einen Untersuchungsausschuss zur Aufklärung des Wirecard-Skandals einsetzen. Am Ende stand eine einzige Frage: Können es die Grünen verantworten, dass eine parlamentarische Aufarbeitung des größten Betrugsfalls der Nachkriegsgeschichte in der deutschen Wirtschaft an ihnen scheitert? Keinesfalls.

Nur ein Untersuchungsausschuss ist in der Lage, alle relevanten Dokumente einzusehen und die wichtigen Akteure zu befragen. Dabei geht es nicht nur um den Betrug bei Wirecard selbst. Es geht vielmehr um die Klärung grundsätzlicher Fragen im Verhältnis zwischen Politik und Wirtschaft: Wann und warum setzt sich die Regierung für einzelne Unternehmen ein? Wer bekommt Zugang zu Ministerien oder zum Kanzleramt? Warum können Ex-Politiker oder frühere Beamte ihre alten Kontakte nutzen, um als Türöffner zu fungieren?

Das alles muss aufgearbeitet werden, weil nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für die Politik neue Regeln notwendig sind: mehr Transparenz und mehr Kontrolle. Dass die Grünen so lange gezögert haben, hängt offenbar mit der Sorge zusammen, gleich beide möglichen Koalitionspartner – SPD und Union – zu vergrätzen. Ein Untersuchungsausschuss ist immer auch ein Instrument der politischen Auseinandersetzung, insbesondere kurz vor einer Wahl.

Im Zweifel muss die Öffentlichkeit die ermittelten Fakten herausfiltern und die politischen Bewertungen der Parteien ignorieren. Dann kann der Ausschuss einen Beitrag dazu leisten, die Spielregeln beim Umgang mit der Wirtschaft zu reformieren und das Vertrauen in den Finanzplatz Deutschland wiederherzustellen.



FOTOS: EBNER/IMAGO IMAGES, MÜLLER-STÄUFENBERG/IMAGO IMAGES, FUTURE IMAGE/IMAGO IMAGES (2), U. J. ALEXANDER/IMAGO IMAGES

Im Bann der dunklen Mächte

Von Felix Huesmann

Dicht gedrängt stehen sie vor dem Brandenburger Tor. Auf einer kleinen Bühne behauptet ein Redner, in Deutschland herrsche eine „Meinungsdiktatur“, die dem Dritten Reich sehr nahe komme.

„Die Politik ist nichts weiter als die Unterhaltungsabteilung der Hochfinanz und der Pharmaindustrie“, ruft er – und das Publikum jubelt.

Das Publikum: Männer und Frauen, die zum Protest aus ganz Deutschland nach Berlin gereist sind. Manche wirken bürgerlich, andere wie Hippies. Viele haben Kinder dabei. Rechtsextreme und Reichsbürger sind unter ihnen, ein bekannter Holocaustleugner interviewt am Rand Demonstrationsteilnehmer für seinen YouTube-Kanal.

Es geht dabei gar nicht mehr um links oder rechts. Es geht nur noch um „wir“ gegen „die da oben“. Und um die Überzeugung, dass dunkle Mächte dieses Land und seine Menschen fest im Griff haben. Sie selbst aber, die Querdenker und diejenigen, die alles verstanden haben. Nicht erst seit Corona.

Die eingangs beschriebene Szene ist nicht von diesem Wochenende – sie spielte sich bereits vor einem Jahr in der Hauptstadt ab.

Am Anfang war der Impfpflicht Rund 2000 Menschen protestierten am 14. September 2019 bei strahlendem Sonnenschein in Berlin gegen die geplante Masernimpfpflicht für Kita- und Schulkinder. Doch die Bilder der bunten gemischten, relativ kleinen Menge aus dem vergangenen Jahr helfen zu verstehen, wie sich die weitaus größeren Proteste gegen die Corona-Maßnahmen und die Bundesregierung zusammengebraut haben, an denen sich allein am vergangenen Samstag rund 30.000 Menschen in Berlin beteiligt haben.

Erforscht den Glauben an und die Folgen von Verschwörungstheorien: Psychologin Pia Lamberty

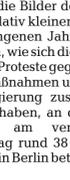


FOTO: PRIVAT

Auch hier bot sich ein für viele überraschend buntes Bild. Friedendafnen und Räucherstäbchen neben Reichsfahnen und aggressivem Gebaren. So viel ist klar: Längst nicht alle Demonstranten waren Rechtsextreme, auch wenn Gewalttäter vom rechten Rand das öffentliche Bild dominierten. Doch was sieht diese Menschen, die so unterschiedlich wirken? Ist es bloß die legitime Kritik an den weitreichenden Maßnahmen, mit denen Bund und Länder seit Monaten versuchen, der Pandemie Herr zu werden?

Nein, da ist noch mehr. Es ist der Glaube an Verschwörungserzählungen, der immer mehr Menschen auf die Straße bringt. Dass das Coronavirus



Verschwörungsmethoden lassen einen selbst als Widerstandskämpfer erscheinen.

Pia Lamberty, Psychologin



FOTO: PRIVAT

Das alles muss aufgearbeitet werden, weil nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für die Politik neue Regeln notwendig sind: mehr Transparenz und mehr Kontrolle. Dass die Grünen so lange gezögert haben, hängt offenbar mit der Sorge zusammen, gleich beide möglichen Koalitionspartner – SPD und Union – zu vergrätzen. Ein Untersuchungsausschuss ist immer auch ein Instrument der politischen Auseinandersetzung, insbesondere kurz vor einer Wahl.

Im Zweifel muss die Öffentlichkeit die ermittelten Fakten herausfiltern und die politischen Bewertungen der Parteien ignorieren. Dann kann der Ausschuss einen Beitrag dazu leisten, die Spielregeln beim Umgang mit der Wirtschaft zu reformieren und das Vertrauen in den Finanzplatz Deutschland wiederherzustellen.

Zehntausende, die auf den ersten Blick nicht viel gemein haben, demonstrieren in Berlin – Rechtsextreme, Bürgerliche, Hippies. Was sie eint, ist der Glaube an eine düstere Weltverschwörung. Diese Mentalität macht die Corona-Proteste gefährlich.

Sars-Cov2 harmlos und die Pandemie bloß erfunden sei, ist eine dieser Erzählungen. Dass die Regierenden das Virus gezielt nutzen, um die Bevölkerung zu unterdrücken und die Demokratie abzuschaffen, gehört ebenfalls dazu. Die Psychologin Pia Lamberty sieht solche Verschwörungserzählungen gar als den Kitt der Corona-Demos, der die verschiedensten Gruppen zusammenhält.

Dieses Phänomen ist nicht neu. Bei den Impfpflichten kamen ebenfalls Menschen zusammen, die glauben, dass eine unheilvolle Allianz aus Politik und Pharmakonzernen sie mit „Zwangsimpfungen“ vergiften will. Und auch bei den sogenannten Friedensmahnwachen, die sich im Jahr 2014 vierlos als Reaktion auf den Konflikt in der Ukraine bildeten, demonstrierten Menschen unterschiedlichster politischer Strömungen, deren gemeinsamer Nenner der Glaube an Verschwörungen in der Weltpolitik war. Viele, die sich an diesen Protesten beteiligten, sind auch bei den Corona-Protesten an vorderster Front mit dabei. „Wir“ gegen „die da oben“.



FOTOS: EBNER/IMAGO IMAGES, MÜLLER-STÄUFENBERG/IMAGO IMAGES, FUTURE IMAGE/IMAGO IMAGES (2), U. J. ALEXANDER/IMAGO IMAGES

Wie sehr das Verschwörungsweltbild die Proteste prägt, war am vergangenen Samstag weithin sichtbar. Auf dem Transparent zweier Demonstranten stand in groß aufgesprühten Buchstaben „Fake Virus“, „Stoppt den Putsch des Merkel-Regimes gegen unser Grundgesetz“ hatte jemand anderes auf sein Plakat geschrieben. Eine Gruppe von Demonstranten trug Schilder mit sich, auf denen nicht nur Politiker wie Jens Spahn und Angela Merkel, sondern auch der Microsoft-Gründer und Philanthrop Bill Gates und die ZDF-Journalistin Dunja Hayali in Häftlingskleidung abgebildet waren. Auf jedem der Schilder prangte der Schriftzug „Schuldig“.

Politiker, Medien und mächtige Eliten vereint gegen das Volk – diese Vorstellung ist nicht nur unter den Corona-Demonstranten weit verbreitet.

„38 Prozent der Deutschen haben eine mehr oder weniger ausgeprägte Verschwörungsmethoden“, sagt Pia Lamberty, die seit Jahren die Anziehungskraft von Verschwörungserzählungen erforscht. Diese Mentalität beinhaltet mehr als nur den Glauben an einen bestimmten Mythos. Lamberty beschreibt sie als „ideologische Perspektive auf die Welt“, als „generalisiertes Vorurteil gegenüber ‚denen da oben‘“.

„38 Prozent der Deutschen haben eine mehr oder weniger ausgeprägte Verschwörungsmethoden“, sagt Pia Lamberty, die seit Jahren die Anziehungskraft von Verschwörungserzählungen erforscht. Diese Mentalität beinhaltet mehr als nur den Glauben an einen bestimmten Mythos. Lamberty beschreibt sie als „ideologische Perspektive auf die Welt“, als „generalisiertes Vorurteil gegenüber ‚denen da oben‘“.

„38 Prozent der Deutschen haben eine mehr oder weniger ausgeprägte Verschwörungsmethoden“, sagt Pia Lamberty, die seit Jahren die Anziehungskraft von Verschwörungserzählungen erforscht. Diese Mentalität beinhaltet mehr als nur den Glauben an einen bestimmten Mythos. Lamberty beschreibt sie als „ideologische Perspektive auf die Welt“, als „generalisiertes Vorurteil gegenüber ‚denen da oben‘“.

„38 Prozent der Deutschen haben eine mehr oder weniger ausgeprägte Verschwörungsmethoden“, sagt Pia Lamberty, die seit Jahren die Anziehungskraft von Verschwörungserzählungen erforscht. Diese Mentalität beinhaltet mehr als nur den Glauben an einen bestimmten Mythos. Lamberty beschreibt sie als „ideologische Perspektive auf die Welt“, als „generalisiertes Vorurteil gegenüber ‚denen da oben‘“.

„38 Prozent der Deutschen haben eine mehr oder weniger ausgeprägte Verschwörungsmethoden“, sagt Pia Lamberty, die seit Jahren die Anziehungskraft von Verschwörungserzählungen erforscht. Diese Mentalität beinhaltet mehr als nur den Glauben an einen bestimmten Mythos. Lamberty beschreibt sie als „ideologische Perspektive auf die Welt“, als „generalisiertes Vorurteil gegenüber ‚denen da oben‘“.

„38 Prozent der Deutschen haben eine mehr oder weniger ausgeprägte Verschwörungsmethoden“, sagt Pia Lamberty, die seit Jahren die Anziehungskraft von Verschwörungserzählungen erforscht. Diese Mentalität beinhaltet mehr als nur den Glauben an einen bestimmten Mythos. Lamberty beschreibt sie als „ideologische Perspektive auf die Welt“, als „generalisiertes Vorurteil gegenüber ‚denen da oben‘“.

„38 Prozent der Deutschen haben eine mehr oder weniger ausgeprägte Verschwörungsmethoden“, sagt Pia Lamberty, die seit Jahren die Anziehungskraft von Verschwörungserzählungen erforscht. Diese Mentalität beinhaltet mehr als nur den Glauben an einen bestimmten Mythos. Lamberty beschreibt sie als „ideologische Perspektive auf die Welt“, als „generalisiertes Vorurteil gegenüber ‚denen da oben‘“.

38

Prozent der Deutschen haben eine mehr oder weniger ausgeprägte Verschwörungsmethoden. Das hat eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung 2019 ermittelt – vor Corona.

Zahl von rund 38.000 Demonstranten geradezu überschaubar.

Und doch gibt alles zusammen Anlass zur Sorge: Der Glaube an Verschwörungen gehe mit einem Rückzug aus der Demokratie einher, erklärt die Psychologin „mit einem stärkeren politischen Zynismus und auch mit einer stärkeren Gewaltbereitschaft“.

Ein Viertel derer, die eine stärkere Verschwörungsmethoden, sei tendenziell gewaltbereit – auch das ist eine Erkenntnis der Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Nicht jeder, der an Verschwörungen glaubt, greife zu Waffe, „aber wir haben ein Potenzial von relativ vielen Menschen, die in letzter Konsequenz dazu bereit sind, Gewalt zu nutzen, um ihre politischen Ziele durchzusetzen“.

Auch bei den Demonstrationen am Samstag kam es mehrfach zu Gewalt. Vor der russischen Botschaft griffen Hunderte Demonstranten Polizisten an und wider-setzten sich ihrer Festnahme, manche warfen mit Glasflaschen. Später am Tag stürmten Hunderte über Absperrungen vor dem Reichstagsgebäude und postierten sich flammend auf den Treppen des Parlamentsgebäudes. Auch dort wurden Polizisten angegriffen.

In beiden Fällen waren es vor allem Neonazis und Reichsbürger, die sich versammelt und die Eskalation gesucht haben. Doch auch ihr Weltbild ist geprägt von wilden Verschwörungserzählungen: Deutschland sei kein souveräner Staat und noch immer von den Alliierten besetzt, die Bundesrepublik bloß eine Firma. Lange wurden „Reichsbürger“ belächelt und als skurrile Spinner abgetan – bis eine Reihe von Gewalttaten für eine veränderte Wahrnehmung sorgte.

Bei den Berliner Corona-Protesten konnten die „Reichsbürger“ Zahl von rund 38.000 Demonstranten geradezu überschaubar. Und doch gibt alles zusammen Anlass zur Sorge: Der Glaube an Verschwörungen gehe mit einem Rückzug aus der Demokratie einher, erklärt die Psychologin „mit einem stärkeren politischen Zynismus und auch mit einer stärkeren Gewaltbereitschaft“.

Ein Viertel derer, die eine stärkere Verschwörungsmethoden, sei tendenziell gewaltbereit – auch das ist eine Erkenntnis der Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Nicht jeder, der an Verschwörungen glaubt, greife zu Waffe, „aber wir haben ein Potenzial von relativ vielen Menschen, die in letzter Konsequenz dazu bereit sind, Gewalt zu nutzen, um ihre politischen Ziele durchzusetzen“.

Auch bei den Demonstrationen am Samstag kam es mehrfach zu Gewalt. Vor der russischen Botschaft griffen Hunderte Demonstranten Polizisten an und wider-setzten sich ihrer Festnahme, manche warfen mit Glasflaschen. Später am Tag stürmten Hunderte über Absperrungen vor dem Reichstagsgebäude und postierten sich flammend auf den Treppen des Parlamentsgebäudes. Auch dort wurden Polizisten angegriffen.

In beiden Fällen waren es vor allem Neonazis und Reichsbürger, die sich versammelt und die Eskalation gesucht haben. Doch auch ihr Weltbild ist geprägt von wilden Verschwörungserzählungen: Deutschland sei kein souveräner Staat und noch immer von den Alliierten besetzt, die Bundesrepublik bloß eine Firma. Lange wurden „Reichsbürger“ belächelt und als skurrile Spinner abgetan – bis eine Reihe von Gewalttaten für eine veränderte Wahrnehmung sorgte.

Bei den Berliner Corona-Protesten konnten die „Reichsbürger“ Zahl von rund 38.000 Demonstranten geradezu überschaubar. Und doch gibt alles zusammen Anlass zur Sorge: Der Glaube an Verschwörungen gehe mit einem Rückzug aus der Demokratie einher, erklärt die Psychologin „mit einem stärkeren politischen Zynismus und auch mit einer stärkeren Gewaltbereitschaft“.

„Reichsbürger“-Mannier davon, eine „verschwörungsmethoden“ ausstrahlen und das Grundgesetz neu schreiben zu wollen.

„Reichsbürger“-Mannier davon, eine „verschwörungsmethoden“ ausstrahlen und das Grundgesetz neu schreiben zu wollen.

„Reichsbürger“-Mannier davon, eine „verschwörungsmethoden“ ausstrahlen und das Grundgesetz neu schreiben zu wollen.

„Reichsbürger“-Mannier davon, eine „verschwörungsmethoden“ ausstrahlen und das Grundgesetz neu schreiben zu wollen.

„Reichsbürger“-Mannier davon, eine „verschwörungsmethoden“ ausstrahlen und das Grundgesetz neu schreiben zu wollen.

„Reichsbürger“-Mannier davon, eine „verschwörungsmethoden“ ausstrahlen und das Grundgesetz neu schreiben zu wollen.

„Reichsbürger“-Mannier davon, eine „verschwörungsmethoden“ ausstrahlen und das Grundgesetz neu schreiben zu wollen.

„Reichsbürger“-Mannier davon, eine „verschwörungsmethoden“ ausstrahlen und das Grundgesetz neu schreiben zu wollen.

„Reichsbürger“-Mannier davon, eine „verschwörungsmethoden“ ausstrahlen und das Grundgesetz neu schreiben zu wollen.

„Reichsbürger“-Mannier davon, eine „verschwörungsmethoden“ ausstrahlen und das Grundgesetz neu schreiben zu wollen.

„Verschwörungserzählungen können ein Radikalisierungsbeschleuniger sein“. In den legitimen Protest gegen Regierungspolitik mischen sich antidemokratische Aufrufe und Behauptungen.

„Parlament muss offen bleiben“

Politiker wenden sich gegen Ausweitung der Banneile

Von Marcus Pfeiffer

Die Empörung über den Auftritt war groß. Nun befasst sich der Ältestenrat des Bundestags mit den Demonstrationen, die am Samstag mit Reichstagsflaggen die Treppe des Reichstagsgebäudes besetzten. Noch vor der Sondersitzung an diesem Donnerstag allerdings, äußern sich Politiker aller Parteien skeptisch über eine deutliche Verschärfung der Sicherheitsregeln für das Parlament.

Nach den Ausschreitungen am Rande der Anti-Corona-Demonstration waren Rufe nach einer Ausweitung der Banneile um den Reichstag laut geworden, innerhalb derer öffentliche Versammlungen verboten sind. Bislang gilt das nur, wenn der Parlamentsbetrieb gestört würde, nun wird über eine dauerhafte Beschränkung diskutiert.

Politiker wie der CSU-Rechtspolitiker Volker Ullrich, aber auch Grünen-Fraktionsvize Konstantin von Notz hatten Handlungsbedarf angemeldet. „Es ist offensichtlich, dass das bisherige Sicherheitskonzept für den Schutz des Parlaments nicht ausreichend ist“, sagte auch Unionsfraktionsvize Thorsten Frei. „Dazu gehört auch, dass wir die bisherigen räumlichen und zeitlichen Regelungen zur Banneile um den Deutschen Bundestag verschärfen.“

Inzwischen aber wächst der Widerstand gegen eine Abschottung des Bundestages, quer durch die Fraktionen: Bundestagsvizepräsident Thomas Oppermann (SPD) betont den offenen Charakter des Parlamentes. „Es gehört zum Wesenskern unserer Demokratie, dass der Bundestag ein offenes

„Es ist offensichtlich, dass das bisherige Sicherheitskonzept für den Schutz des Parlaments nicht ausreichend ist“, sagte auch Unionsfraktionsvize Thorsten Frei. „Dazu gehört auch, dass wir die bisherigen räumlichen und zeitlichen Regelungen zur Banneile um den Deutschen Bundestag verschärfen.“

„Es ist offensichtlich, dass das bisherige Sicherheitskonzept für den Schutz des Parlaments nicht ausreichend ist“, sagte auch Unionsfraktionsvize Thorsten Frei. „Dazu gehört auch, dass wir die bisherigen räumlichen und zeitlichen Regelungen zur Banneile um den Deutschen Bundestag verschärfen.“

„Es ist offensichtlich, dass das bisherige Sicherheitskonzept für den Schutz des Parlaments nicht ausreichend ist“, sagte auch Unionsfraktionsvize Thorsten Frei. „Dazu gehört auch, dass wir die bisherigen räumlichen und zeitlichen Regelungen zur Banneile um den Deutschen Bundestag verschärfen.“

„Es ist offensichtlich, dass das bisherige Sicherheitskonzept für den Schutz des Parlaments nicht ausreichend ist“, sagte auch Unionsfraktionsvize Thorsten Frei. „Dazu gehört auch, dass wir die bisherigen räumlichen und zeitlichen Regelungen zur Banneile um den Deutschen Bundestag verschärfen.“

„Es ist offensichtlich, dass das bisherige Sicherheitskonzept für den Schutz des Parlaments nicht ausreichend ist“, sagte auch Unionsfraktionsvize Thorsten Frei. „Dazu gehört auch, dass wir die bisherigen räumlichen und zeitlichen Regelungen zur Banneile um den Deutschen Bundestag verschärfen.“

„Es ist offensichtlich, dass das bisherige Sicherheitskonzept für den Schutz des Parlaments nicht ausreichend ist“, sagte auch Unionsfraktionsvize Thorsten Frei. „Dazu gehört auch, dass wir die bisherigen räumlichen und zeitlichen Regelungen zur Banneile um den Deutschen Bundestag verschärfen.“

„Es ist offensichtlich, dass das bisherige Sicherheitskonzept für den Schutz des Parlaments nicht ausreichend ist“, sagte auch Unionsfraktionsvize Thorsten Frei. „Dazu gehört auch, dass wir die bisherigen räumlichen und zeitlichen Regelungen zur Banneile um den Deutschen Bundestag verschärfen.“

„Es ist offensichtlich, dass das bisherige Sicherheitskonzept für den Schutz des Parlaments nicht ausreichend ist“, sagte auch Unionsfraktionsvize Thorsten Frei. „Dazu gehört auch, dass wir die bisherigen räumlichen und zeitlichen Regelungen zur Banneile um den Deutschen Bundestag verschärfen.“

„Es ist offensichtlich, dass das bisherige Sicherheitskonzept für den Schutz des Parlaments nicht ausreichend ist“, sagte auch Unionsfraktionsvize Thorsten Frei. „Dazu gehört auch, dass wir die bisherigen räumlichen und zeitlichen Regelungen zur Banneile um den Deutschen Bundestag verschärfen.“

„Es ist offensichtlich, dass das bisherige Sicherheitskonzept für den Schutz des Parlaments nicht ausreichend ist“, sagte auch Unionsfraktionsvize Thorsten Frei. „Dazu gehört auch, dass wir die bisherigen räumlichen und zeitlichen Regelungen zur Banneile um den Deutschen Bundestag verschärfen.“



Bedrohung der Bürgerrecht? Corona-Demonstration am Reichstag. FOTO: ACHILLE ABOUD/DPA



So nicht mehr: Wegen erhöhter Infektionsgefahr sind Demos nur noch mit Maske erlaubt. FOTO: JOCHEN ECKEL/IMAGO IMAGES

Berlin verschärft die Regeln für Demonstrationen

Gegner der Corona-Politik wollen künftig täglich an der Berliner Siegessäule demonstrieren. Das kündigten sie im Messengerdienst Telegram an. Es geht um „Demokratie und Meinungsfreiheit und gegen die Corona-Maßnahmen“.

Allerdings verschärft das Land Berlin angesichts steigender Infektionszahlen jetzt die Auflagen bei Demonstrationen. Die Infektionsschutzverordnung wurde zugleich auch für private Feiern und Feiern in Gaststätten nachgebessert.

Vom kommenden Samstag an gilt bei öffentlichen Versammlungen wie Demonstrationen mit Mund-Nasen-Schutz zu tragen.

Innensenator Andreas Geisel (SPD) hatte am Montag für die neue Regelung plädiert und dabei auf das vergangene Wochenende hingewiesen. Eigentlich wollten die Berliner Behörden die Demos verbieten. Die Polizei hatte erwartet, durch die Ansammlung Zehntausender Menschen oft ohne Maske und Abstand, entstehe ein zu hohes Gesundheitsrisiko. Das Land unterlag jedoch vor Gericht.

gelung plädiert und dabei auf das vergangene Wochenende hingewiesen. Eigentlich wollten die Berliner Behörden die Demos verbieten. Die Polizei hatte erwartet, durch die Ansammlung Zehntausender Menschen oft ohne Maske und Abstand, entstehe ein zu hohes Gesundheitsrisiko. Das Land unterlag jedoch vor Gericht.